

8. Statistisches in der Presse

100 Jahre sind für den Einzelnen eine lange Zeit. In der Geschichte der Städte ist es nur ein vergleichsweise kurzer Zeitraum. Wir können uns heute nur noch sehr schwer Vorstellungen über die Zeit um und zwischen 1905 und 1955 machen. Wir müssen uns daher gedanklich erst einmal zurückversetzen in die jeweilige Zeit. Auch einige Ereignisse der jüngsten Vergangenheit sind dabei in Erinnerung zu rufen. Die folgenden Stichworte sollen dazu einstimmen. Mit den anschließenden Auszügen aus dem Braunschweiger Stadtanzeiger, einer von mehreren Zeitungen, die es 1905 in Braunschweig gab, der Braunschweiger Zeitung (1955) und anderen Zeitungen (2005) soll ein kleiner schlaglichtartiger Rückblick auf die unterschiedlichen Lebensverhältnisse, den Wandel der Zeit und der Produkte städtischer und amtlicher Statistik gewährt werden. Weitere Zeitungsartikel und Einzelheiten sind unter www.braunschweig.de/statistik/100jahre abrufbar.

1905: Das Deutsche Reich existiert gerade erst 34 Jahre. An eine Europäische Union wagt niemand, nicht einmal in den kühnsten Träumen zu denken. Die Vereinigten Staaten von Amerika bestehen zu der Zeit bereits rund 130 Jahre. Sie umfassen erst 45 der heutigen 50 Bundesstaaten. 1905 ist das siebte Jahr nach dem Ableben und das 15. Jahr nach der Entlassung des ersten Reichskanzlers Fürst Otto von Bismarck. Am 1. April hätte er seinen 90. Geburtstag gefeiert. Das Bürgerliche Gesetzbuch ist seit vier Jahren in Kraft. Kaiser Wilhelm II. regiert in Berlin das Deutsche Reich, zu dem das Elsaß, Lothringen und weite Teile des heutigen Polen gehören. Die Männer wählen noch nach dem Dreiklassenwahlrecht. Frauen erlangen in Deutschland erst mit dem Reichswahlgesetz vom 30.11.1918 das aktive und passive Wahlrecht.

Die Stadt Braunschweig, gelegen im Herzogtum Braunschweig-Lüneburg, beherbergt auf einer Fläche von 29,0 qkm mehr als 135.000 Einwohner (= 4.655 E./qkm). Das von Stadtbaurat Ludwig Winter entworfene Rathaus an der Münzstraße ist Ende des Jahres 1900 erst bezogen worden. Der als Regierungsviertel geplante Bereich an der Münzstraße nimmt seine heute noch erkennbare Gestalt an. 1904 wird die weltweit erste Kraftomnibuslinie Wendeburg – Braunschweig mit dem ersten Bus der Firma Büssing eingerichtet.

1955: Das Ende des 2. Weltkriegs ist knapp 10 Jahre her. Bei der Währungsreform 1948 erhält jeder 40,- D-Mark Startguthaben für den Aufbruch in eine neue Zeit. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist erst sechs Jahre jung. Die Übergangsverfassung des neu gebildeten Bundeslandes Niedersachsen ist gerade vier Jahre in Kraft.

Die durch Luftangriffe der Alliierten zu ca. 90 % zerstörte Braunschweiger Innenstadt ist nach und nach von den größten Trümmern frei geräumt worden. Das ausgebrannte Altstadtrathaus oder das teilzerstörte Braunschweiger Schloss sind im Vergleich zu vielen Bauwerken und Baublöcken der Innenstadt noch vergleichsweise gut erhalten. An den meisten Kirchen sind die Kriegsschäden noch nicht wieder beseitigt. Die Nachkriegsjahre mit Hungersnot, harten Wintern, Hochwasser und Wohnungsnot sind allen Bürgerinnen und Bürgern noch gegenwärtig.

Kriegsgefangene und Flüchtlinge von „jenseits der Zonengrenze“ zieht es auf ihrem Weg in den Westen durch und in die Stadt Braunschweig. Der Zuwanderungsstrom will trotz akutem Wohnungsmangel nicht abreißen. Braunschweig hat im Vergleich zu 1905, nach den Eingemeindungen der 20er und 30er Jahre, nun eine Ausdehnung von 76,4 qkm und es leben rund 240.000 Einwohner in der Stadt (= 3.142 E./qkm).

2005: Es ist bereits 16 Jahre nach der Grenzöffnung zur DDR und 15 Jahre nach der Wiedervereinigung. Am 1. Januar 2002 werden in 12 von 15 Staaten der EU („Eurozone“) die Einzelwährungen durch den EURO ersetzt. Reisen quer durch Europa gewinnt eine völlig neue Qualität. Großbritannien, Dänemark und Schweden treten der Eurozone allerdings nicht bei. Vor knapp

einem Jahr wird die große Erweiterung der Europäischen Union von 15 auf 25 Mitgliedstaaten vollzogen, zu der erstmals auch osteuropäische Staaten gehören.

Das, was der Stadt Braunschweig der Fall des „eisernen Vorhangs“ bereits im Vorfeld und unmittelbar danach zunächst an Einwohnerzuwachs beschert hat (rund + 5.000), hat die Stadt in nahezu vierfachem Umfang in den 90er Jahren in Form von Stadt-Umland-Wanderung wieder an Einwohnern verloren (- 18.600). Der starke Einwohnerverlust konnte erst zur Jahrtausendwende auf ein erträgliches Maß reduziert werden. Ende 2004 kann erstmals seit mehr als zehn Jahren wieder ein Bevölkerungsanstieg verzeichnet werden. Aufgrund der Eingemeindungen im Jahre 1974 umfasst das Stadtgebiet nun 192,1 qkm und es leben rund 240.000 Einwohner (= 1.249 E./qkm) in der Stadt.

Nach den für die Stadt schwierigen 60er und 70er Jahren ist es Braunschweig mit der Landesausstellung „Stadt im Wandel“ 1985 gelungen, sein bis dahin noch durch großflächige Baulücken und Kriegswunden gebeuteltes Aussehen der Innenstadt abzustreifen und sich ein modernes Erscheinungsbild zu geben. Die Entscheidung, die Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover durchzuführen, gibt den Entscheidungsträgern in der Stadt Mut und Schub zur Errichtung neuer Bauten (ÖPNV-Terminal am Hauptbahnhof, Volkswagenhalle) und zur weiteren Aufwertung des Stadtbildes (Stadteinfahrten, Fußgängerzone).

Das jüngste und größte Entwicklungsprojekt, das unzweifelhaft nachhaltigen Einfluss auf die Attraktivität und das Erscheinungsbild der Innenstadt haben wird, ist die im Zusammenhang mit der Errichtung eines 35.000 qm großen Shopping Centers vorgesehene Rekonstruktion der Fassade des ehemaligen Residenzschlosses im Schlosspark einschließlich grundlegender Umgestaltung des Bohlwegs und der Georg-Eckert-Straße.

Die Anfang 2003 neu gewählte Landesregierung schafft im Sommer 2004 die vor rund 30 Jahren neu eingeführte „Orientierungsstufe“ (5. und 6. Schuljahr) wieder ab. 2005 ist das Jahr, in dem die Verwaltungsreform des Landes Niedersachsen in Kraft tritt. Damit werden die vier Bezirksregierungen und die Regierungsbezirke des Landes, mithin auch die Bezirksregierung Braunschweig, als einheitlich organisierte staatliche Mittelinstanz formal aufgelöst. Die Verwaltungseinheiten, die nicht völlig aufgelöst oder auf die kreisfreien Städte und die Landkreise verlagert werden, agieren nun als „Regierungsvertretung“. In Braunschweig selbst steht eine Reduzierung der Zahl der Stadtbezirke von derzeit 20 – von 1981 bis 1996 waren es 22 – auf voraussichtlich 13 oder noch weniger Stadtbezirke an. Die Details werden im Laufe dieses Jahres zu der in 2006 stattfindenden Kommunalwahl geklärt.

Das Denken und Handeln über die engeren Stadtgrenzen hinaus fällt im politischen Alltag zunehmend ins Gewicht. Soeben haben die sieben Gebietskörperschaften der Region Braunschweig gemeinsam mit den maßgeblichen Wirtschaftsunternehmen aus der Region die Projekt Region Braunschweig GmbH gegründet, mit dem Ziel, in den kommenden zehn Jahren zwischen 10.000 und 12.000 neue Arbeitsplätze zu schaffen. Im Zuge der europäischen Integration gewinnen auch überregionale Zusammenschlüsse, wie der zur Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen, zunehmend an strategischer Bedeutung, um die Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Region im Geflecht der europäischen Wirtschaftsregionen nachhaltig zu sichern.

Das 1985 bundesweit erreichte Stimmungstief in der Wirtschaft und in den Städten wurde aufgrund der 1990 erfolgten Wiedervereinigung durch eine Phase mit neuer Entwicklungsdynamik abgelöst. Im Jahr 2005 treten jedoch die grundlegenden Schwierigkeiten von Staat, Gesellschaft und sozialer Marktwirtschaft mehr denn je offen zutage, die sich über einen langen Zeitraum mehr Ausgaben leisteten als an Einnahmen tatsächlich hereinkamen. Wirtschaftsstruktureller Wandel, Globalisierung der Wirtschaft mit der Folge anhaltend hoher Arbeitslosigkeit und der parallel stattfindende demografische Wandel - die Überalterung der Gesellschaft, der Nachwuchsmangel und die Prognosen über die Schrumpfung der Bevölkerung Deutschlands – beherrschen zunehmend die Schlagzeilen.

Braunschweiger Stadtanzeiger.

(Braunschweiger
Mit 4-seitiger täglicher



(Landesanzeiger.)
Unterhaltungsbeilage.

Erscheint jeden Morgen, außer Montags.
Bezugspreis: Durch unsere Boten: monatlich 40 S, frei Haus.
Durch die Post: monatlich 50 S. (Zeitungs-Preiskarte für 1908 Seite 82).

Inserate aus Stadt und Herzogtum 15 S, (sogen. „Meine Anzeigen“ 10 S),
außerhalb 20 S, Stellen 50 S die Zeile.
Anzeigen-Aufnahme von 8 bis 6 Uhr. — Sonntags von 11 bis 12 Uhr.

Redaktion und
Geschäftsstelle:
Hufiltern 8.

Mit 1000 Mark

gegen tödlichen Unfall versichert ist jeder Abonnent oder dessen Ehefrau auf Grund der bekannt
gegebenen Bestimmungen, der den Abonnementspreis von 50 Pfennigen monatlich pünktlich zahlt.
Hat der Unfall Ganzinvalidität zur Folge, beträgt die zur Auszahlung kommende Versicherungssumme
Die Bestimmungen können jederzeit kostenlos von der Geschäftsstelle, Hufiltern 8, bezogen werden.

500 Mark.

Telephon
Nr. 155.

Nr. 78. Verantwortlicher Redakteur: G. Heinrichs. Sonnabend, den 1. April 1905. Für die Anzeigen verantwortlich: G. Hagenguth. 20. Jahrg.

Überörtliche Themen

Der 1. April.

Ein merkwürdiger Tag, der heute angebrochen ist, ein Tag der Unruhe für die, man kann wohl sagen, Verdauernswerten, die das „traute Heim“ mit einem neuen Dach vertauschen müssen, ein Tag des Schreckens für den, der zahlen soll und kein Geld hat, ein Tag erhebender Freude für den Patrioten, der die 90. Wiederkehr von Bismarck's Geburtstag in seinem Herzen begehrt und der großen Zeit mit stiller Wehmut gedenkt, da die Redengestalt des Altreichstanzlers noch wie ein Fels in der Meeresbrandung das Getriebe der politischen Gegensätze beherrscht. Allerorten im deutschen Vaterlande lodern gleich der heiligen Drisflamme heute Abend die Flammen auf den Gedensäulen empor, ertönt das herrliche Lied „Deutschland über alles in der Welt“ als ein gemeinsames Gelächte von Millionen deutscher Männer und Frauen zum Himmel auf, wissen wir uns eins in dem großen Gedanken: Ein Reich, ein Kaiser und ein Gott! Mögen auch in einzelnen Dingen die Meinungen auseinandergehen, das wird kein vernünftiger Deutscher bestreiten, daß Bismarck war

Ein Mann, nehmt alles nur in allem.
Wir werden nimmer seinesgleichen
sehen!

Die Reise des Kaiserpaars

Lissabon, 30. März. Die Kaiserschiffe Hamburg und Friedrich Karl passierten um 12.50 Uhr nachmittags südwärts fahrend die Semaphorstation von San Julian; die Station für drahtlose Telegraphie in Cascaes jandte einen Scheidegruß, glückliche Reise wünschend.

Kalma, 30. März. Das Kriegsschiff „Numancia“ mit dem Generalkapitän an Bord geht nach Port Mahon zum Empfang des deutschen Kaisers ab.

Tanger, 30. März. Die Vorbereitungen zum Empfang Kaiser Wilhelms werden eifrig abgeschlossen. Ueberall sind die Häuser besetzt, wobei die marokkanischen, spanischen und deutschen Farben überwiegen. Zahlreiche Triumphbögen sind von den Marokkanern errichtet worden.

Tanger, 31. März. Der Dampfer „Hamburg“ mit dem deutschen Kaiser an Bord ist heute Vormittag 8 Uhr 35 Minuten in der hiesigen Bucht eingetroffen. Die Batterien und die französischen Kreuzer Du Chayla undinois feuerten Salut. Bei der Landung wurde der Kaiser von den Vertretern des Sultans und vom diplomatischen Korps empfangen.

Der Krieg in Ostasien.

Eine amtliche Veröffentlichung im „Ruzki Invalid“ zeigt, wie die „Ruzk. Btg.“ der „St. Peterb. Btg.“ entnimmt, in übersichtlicher Zahlenaufstellung, welchen ungeheuren Kraftaufwand der Krieg auf russischer Seite bereits erfordert hat. Es heißt darin:

Vom Beginn der militärischen Operationen bis zum 27. Februar wurden auf der sibirischen Bahn nach Chardin befordert: 13 087 Offiziere, 761 467 Unvermiltete, 146 408 Pferde, 1521 Geschütze und 19 824 977 Fuß Frachten. Rechnet man dazu, daß seit dem 27. Februar noch mindestens 20 000 Mann Verwundeten hinzugekommen sind und daß weitere Streitkräfte in der Mandchurei, Bladivostok und Port Arthur zu Beginn des Krieges auf 100 000 Mann geschätzt werden dürfen, so gelangen wir zu den losoffalen Biffern von 900 000 Mann mit 1800 Geschützen und 150 000 Pferden. Die moderne Kriegsgeschichte kennt nur ein Beispiel, wo noch größere Massen während eines Feldzuges in Bewegung gesetzt wurden, das war der deutsch-französische Krieg, in dessen 6 Monate dauerndem Verlaufe 1 150 000 deutsche Krieger die französische Grenze überschritten.

Die Tage in Rußland.

Petersburg, 30. März. In Luga wurden auf der Straße drei schwerverwundete Soldaten gefunden. — Während der Unruhen sind, wie aus Jalta gemeldet wird, auf der kaiserlichen Festung Vivadia Gebäude des Apanagereisort (also nicht das Schloß!) zerstört worden. Die Familie des Kammerherrn Martynow rettete sich mit genauer Not.

Maxim Gorki erhielt mit Rücksicht auf den angegriffenen Zustand seines linken Lungenflügels Erlaubnis, sich in die Krim zu begeben.

Petersburg, 31. März. In dem Hotel Garni Palais Royal wurde in einem Zimmer eine Bombe gefunden, der Zimmerinhaber ist verhaftet worden.

(„D. Z.“) Die hiesige Geheimpolizei entdeckte ein weitverzweigtes Komplott gegen das Leben des Großfürsten Bladimir, Trepows und Bulgins. Nach sorgfältiger Beobachtung wurden nachts zwölf Mitglieder dieser Organisation in verschiedenen Stadtteilen verhaftet, wobei schwer belastendes Beweismaterial beschlagnahmt wurde.

Amtliche Nachrichten

Aus der „Unterhaltungsbeilage“

Die Arbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen.

Seinerzeit haben die Gewerbeaufsichtsbeamten eine Umfrage über die Arbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen vorgenommen, deren Ergebnisse jetzt veröffentlicht werden. Sie ergeben ein erschöpfendes Bild von den Anschauungen, die in Kreisen der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmerinnen über die Verkürzung der Arbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen auf 10 Stunden, über die Verlängerung der Mittagspause von 1 Stunde auf 1 1/2 Stunde und über die Festsetzung eines früheren Arbeitsschlusses am Sonnabend und an den Vorabenden von Feiertagen herrschen. Zu merken ist indes, daß von dem 813 560 Arbeiterinnen, die es am 1. Oktober 1902 in deutschen Reich gab, nicht weniger als 53 v. H. ohnehin schon weniger als zehn Stunden beschäftigt sind. Es wurde bei den Gewährleuten angefragt, ob die Verkürzung der Arbeitszeit aus gesundheitlichen Rücksichten im Interesse der Arbeiterschaft erwünscht, ob sie im Hinblick auf die wirtschaftlichen Interessen der Arbeitgeber und der Arbeiterschaft durchführbar, ob eine beträchtliche Verringerung der Betriebseistung und eine wesentliche Minderung des Unternehmergewinns oder des Lohneinkommens sei und ob Ueberarbeit die Folge sein werde. Daraufhin wird die Verkürzung der Arbeitszeit auf 10 Stunden grundsätzlich (wenn auch mit vielen Einschränkungen) befürwortet; von 84 Gutachten sprechen sich 68 für, 18 gegen die fragliche Maßregel aus. Dagegen sprachen sich vier Fünftel aller Gutachten gegen die Verlängerung der Mittagspause aus.

Herzogliches Hoftheater.

Sonnabend, den 1. April 1905.
Bei aufgehobenem Jahres-Abonnement.
 (Siebente und letzte Bühnenvorstellung.)
Minna von Barnhelm
 oder: **Das Soldatenglück.**
 Lustspiel in fünf Aufzügen von Gotthold Ephraim Lessing.
 Major von Tellheim, verabschiedet . . . Hr. Kunath.
 Minna von Barnhelm Fr. Ruprecht.
 Graf von Bruchsal, ihr Oheim Hr. Sprotte.
 Franziska, ihr Mädchen Fr. Hensgen.
 Rocco de la Marlinière Hr. Nees.
 Paul Werner, gewesener Wachtmeister des Majors Hr. Engels.
 Der Wirt Hr. Heinemann.
 Eine Dame in Trauer Fr. Barth.
 Kapit. Bedenter des Majors Hr. Hill.
 Ein Feldjäger Hr. Häder.
 Ein Diener der Minna Hr. Oppermann.
 Ein Diener des Grafen.
 Nach dem 2. Akte findet eine längere Pause statt.
 Anfang 6 Uhr. Ende nach 1/2 Uhr.
Probe von noch vorhandenen nicht abonnierten Plätzen:
 Parterre (Stehplatz) M. 0.90 B. Rang (Selle) 2.-4. Reihe M. 0.50
 2. Rang (Selle) 2.-3. Reihe 0.90 B. (Stehplatz) 0.40
 2. (Stehplatz) 0.60 Galerie (Stehplatz) 0.40
Spielplan. Sonntag, den 2. April cr., Vorstellung im 9. Abonnement: Die Walküre. Erster Tag aus der Tetralogie: „Der Ring des Nibelungen“, in drei Aufzügen von Richard Wagner. Anfang 6 Uhr.
 Frikka: Frau Reuss-Belco, Großb. bad. Kammerängerin a. G.
Montag, den 3. April cr., 7. Vorstellung im 9. Abonnement: Die Nixe um die Erde in achtzig Tagen, nebst einem Vorspiel: Die Nixe um eine Million. Ausstattungskunst mit Gesang und Tanz in 5 Abteilungen und 15 Bildern, von H. D'Emery und Jules Verne. Musik von Suppé. Anfang 6 1/2 Uhr.

Stadtnachrichten.

Braunschweig, den 1. April.
 * Stadtverordnetenwahl. Das Ergebnis der gestrigen Stadtverordnetenwahl dritter Klasse im Petri- und Wendentorbezirk ist folgendes:

	Wähler	Es wählten	Leute	Riefe	Serpflichtet	Ungültig
Petritor	1178	910	476	449	—	6
Wendentor	1245	947	467	473	—	7
	2421	1857	922	922	—	13

Es sind demnach für Leute 922 und für Riefe ebenfalls 922 Stimmen abgegeben worden. Nach § 36 der Städteordnung muß demnach die Wahl binnen 14 Tagen wiederholt werden, falls dann wieder Stimmengleichheit eintreten sollte, entscheidet das Los.

Wilhelmsgarten.
 Ab Sonntag, den 2. bis inkl. Donnerstag, den 6. April
== Nur 5 ==
Humoristische Abende
Wilh. Eyles altrenommiertes
Leipziger Quartett- und Konzert-Sänger.
 Herren Eyle, Schmidt, Sonnhofer, Wismar,
 Grassel, Joppen, Sperling.
 Direktion: Eyle-Schmidt.
 Gesellschaft gegründet 1863.
Beste u. leistungsfähigste Gesellschaft Deutschlands!
Menette streng dezente Familien-Programme.
 Für Abonnenten Sonntags 20 Pfg., an den Wochentagen Eintritt frei.
 Billette im Vorverkauf bei C. Camohn, Bohlweg 16, Kohlmarkt („Stern“) und Steinweg, a 30 Pfg.
 Raffenpreis 50 Pfg. Anfang 8 Uhr.

1) Zum Dreiklassenwahlrecht:

Wie im Internet in Wikipedia, einer freien Enzyklopädie, unter <http://de.wikipedia.org/wiki/Dreiklassenwahlrecht> nachzulesen ist, wurde die wahlberechtigte Bevölkerung nach ihrer direkten Steuerleistung in drei Klassen eingeteilt, die jeweils ein Drittel des Steueraufkommens ausmachten. Alle drei Klassen hatten das gleiche Stimmgewicht. Die Klasse der Höchstbesteuerten (1849 = 4,7% der Wahlberechtigten) hatte danach das gleiche Stimmgewicht wie die Klasse mit weniger hohem Einkommen (12,7%) und der dritten Klasse (82,6%), welche wenig bis gar keine Steuern zahlte.

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Verlag: Edenberger & Co., Braunschweig, Postfach 8, Pressehaus / Spieghelstraße der Redaktion: Montag, Dienstag und Donnerstag 11 bis 12 Uhr / Freitag 2 bis 3 Uhr / Samstag 11 bis 12 Uhr / Rücksendung unverlangter Manuskripte nur geg. Rückporto / E. Schmidt werksmäßig / Abbestellungen bis 25. d. M. schriftlich beim Verlag

Bezugspreise monatlich 5,— DM zuzügl. 0,50 DM Tragegebühr, bei Postbestellung 2,— DM zuzügl. 0,20 DM Zeitungsgeb. und 0,54 DM Quartalsgeb. Einzelpreis 0,20 DM / Anzeigenpreise laut Anzeigenpreislist. Nr. 12 / Erlaubnispost Braunschweig Postfachkonto: Hannover 690 81 / Druck: Albert Limbach, Braunschweig, Pressehaus.

UNABHÄNGIG — NICHT PARTEIGEBUNDEN

NR. 77

FREITAG, 1. APRIL 1955

10. JAHRGANG

Steigerungsbetrag wird überprüft

Reform der gesetzlichen Rentenversicherung verlangt

BONN, 31. 3. (DPA) Der Bundestag beauftragte am Donnerstagvormittag die Bundesregierung, bei den Vorarbeiten zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen Personengruppen für Zeiten der Arbeitslosigkeit oder aus anderen Gründen Steigerungsbeträge in der gesetzlichen Rentenversicherung erhalten können. Auf Wunsch der SPD sollte der Sozialausschuß die Bundesregierung beauftragen, einen Gesetzentwurf über die Gewährung von Steigerungsbeträ-

gen in den gesetzlichen Rentenversicherungen für Zeiten der Arbeitslosigkeit, Krankheit und ähnlicher Fälle vorzulegen. Der Bundestag nahm jedoch den Abänderungsantrag der CDU/CSU an.

In der Debatte hielten sozialdemokratische Sprecher der CDU/CSU vorgeworfen, mit ihrer Haltung die Lösung dieser sozialen Frage zu verschieben oder gar verhindern zu wollen. Die CDU/CSU begründete ihren Abänderungsantrag mit Zweckmäßigkeitsgründen.

Lösung im Lohnstreit bahnt sich an

Zehn Prozent Lohnerhöhung als Diskussionsgrundlage

BONN, 31. 3. (DPA) Bonn glaubt daran, daß es der Industriegewerkschaft Bergbau und den Ruhrunternehmern am Freitag gelingen wird, einen Kompromiß im Bergbau-Lohnstreit zu finden.

Die Erwartung geht dahin, daß die Gewerkschaften eine Lohnerhöhung von etwas weniger als zehn Prozent erhalten, ohne daß dadurch ein höherer Kohlenpreis notwendig wird.

Wahrscheinlich werden die Gewerkschaften am Freitag mit ihrer Forderung nach zehnprozentiger Lohnerhöhung in die Verhandlung gehen,

während die Unternehmer zu einer Lohnerhöhung von sieben bis acht Prozent bereit sind. Zwischen diesen beiden Punkten muß der Kompromiß gefunden werden.

Eine Lohnerhöhung von zehn Prozent würde eine Kostensteigerung von 2,25 bis 3,— DM je Tonne Kohle bedeuten. Dieser Betrag soll ohne Preiserhöhung aufgefangen werden.

Jeder dritte Braunschweiger ist zugewandert

Schlesier die größte Kolonie — 7600 aus dem Bundesgebiet

Die natürliche Bevölkerungszunahme in der Stadt Braunschweig war nach dem zweiten Weltkrieg recht mäßig, der Geburtenüberschuss hielt sich in geringen Grenzen. Aber das ist eine Eracheinung, die für die ganze Bundesrepublik und besonders für die Großstädte zutrifft. Wenn Braunschweig jetzt auf rund 240 000 Einwohner angewachsen ist, so verdankt es das in erster Linie der Zuwanderung aus den Gebieten jenseits der Zonen-

grenze. Von 1939 bis 1943 zogen 162 000 Personen nach Braunschweig zu, während sich 127 000 abmeldeten. Von 1946 bis 1949 wurden 93 000 Zuzüge und 35 000 Abmeldungen vom Statistischen Amt der Stadt Braunschweig festgestellt. Nach den Schätzungen der amtlichen Stellen hat sich die Einwohnerzahl um 20 000 erhöht.

75 000 nach dem Kriege

Die Zahl der Heimatvertriebenen aus den Gebieten jenseits der Oder-Neisse-Linie und dem Ausland erhöhte sich bis 1953 auf rund 52 000. Hinzu kamen 22 500 Zugewanderte aus der sowjetischen Besatzungszone und aus Berlin. Unter der Gesamtbevölkerung sind jetzt mindestens 75 000 Personen oder 32 Prozent, die mit Sicherheit erst nach dem Kriege nach Braunschweig gekommen sind. Hinzu kommen noch jene Personen aus dem übrigen Bundesgebiet,

2300 aus Danzig

Wenn man die 150 000 Braunschweiger, die bereits bei Kriegsausbruch in Braunschweig wohnten, als eingewasene Bevölkerung bezeichnet, so bilden die 75 000 Personen, also ein knappes Drittel, den zugewanderten Bevölkerungsteil. Die bei weitem stärkste Kolonie bilden dabei die so groß ist die Landsmannschaft der Ostpreußen mit 7200, und unter den 14 000 aus dem Ausland nach Braunschweig gekommenen Deutschen befanden sich 2300 Einwohner der ehemaligen Freistaats Danzig, die damit eine sehr starke Gruppe der Zugewanderten stellen. 2800 Braunschweiger lebten bei Kriegsausbruch noch in der Tschechoslowakei und 5400 in Polen. Von den 7600 Zugezogenen aus den übrigen Ländern des Bundesgebietes lebten über die Hälfte bei

Kriegsausbruch in Nordrhein-Westfalen.

Mitarbeit beim Wiederaufbau

Die Statistik ist keine leere, trockene Wissenschaft. Für die leitenden Beamten im Rathaus geben die Zahlen Aufschluß über wichtige Sachverhalte, die für die Stadt Braunschweig von Bedeutung sind. Wir wissen jetzt, daß jeder dritte Braunschweiger erst nach dem Kriege zu uns gekommen ist, und wir müssen uns bei allen unseren Betrachtungen auf diese Zugewanderten einstellen. Wir wollen nicht vergessen, daß die Arbeits- und Wirtschaftskraft dieser Zugewanderten einen erheblichen Anteil beim Wiederaufbau der Stadt Braunschweig geleistet hat.

Zehn Parteien auf dem Stimmzettel

Erste Sitzung des Kreiswahlausschusses — Einstimmigkeit in Zweifelsfragen erreicht

Am Donnerstagvormittag wurde der Kreiswahlausschuß zu seiner ersten Sitzung zusammengerufen. Die elf Mitglieder des Ausschusses wurden vom Kreiswahlleiter, Oberstadtdirektor Dr. Lotz, durch Handschlag auf ihr nicht gerade leichtes Amt verpflichtet. Außerdem nahmen an der Sitzung die Vertrauensmänner der Parteien teil.

Auf dem provisorischen Stimmzettel standen zehn Parteien in folgender Reihenfolge, die sich aus dem Stand der letzten Wahl und der alphabetischen Aufzählung ergab: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Gesamtdeutscher Block (BHE), Deutsche Partei, Christlich-Demokratische Union, Freie Demokratische Partei, Deutsche Zentrumspartei, Deutsche Reichspartei, Kommunistische Partei, Deutsch-Hannoversche Partei, Bund der Deutschen, Partei für Einheit, Frieden und Freiheit.

Frist für Landwirtpartei

Die Landwirtpartei hatte sich im letzten Augenblick gemeldet, aber die für jeden Wahlkreis notwendigen 100 Unterschriften fehlten. Da diese Partei um Aufschub gebeten hatte, wurde vom Kreiswahlausschuß einstimmig beschlossen, der Landwirtpartei die gesetzlich möglichen neun Tage Frist zur Vervollständigung ihrer Unterlagen zu gewähren. Am Ostersonnabend wird der Kreiswahlausschuß

noch einmal zusammentreten, um endgültig über die Zulassung dieser Partei zu entscheiden.

Beruf und Ehrenamt

Eine längere Debatte ergab sich darüber, ob die Bezeichnung Staatsminister a. D. und Oberbürgermeister neben der Berufsbezeichnung stehen dürfe. Da ein Staatsminister a. D. und ein Oberbürgermeister keine Berufsbezeichnungen im Sinne des Wahlgesetzes darstellen, beschloß der Ausschuß einstimmig, diese Bezeichnungen zu streichen und nur den eigentlichen Beruf auf dem Stimmzettel zu verzeichnen. Bei der Deutsch-Hannoverschen Partei lagen die gesetzlichen Voraussetzungen für den Wahlvorschlag im Wahlkreis 42 nicht vor, wie der Ausschuß feststellte. Der Wahlvorschlag wurde gestrichen.

Keine wilde Kleberei

Am Schluß der Sitzung erläuterte der Oberstadtdirektor noch einmal

die Maßnahmen, die von der Stadtverwaltung zur Organisation der Wahl am 24. April getroffen worden sind. Ein ausreichender Sanitätsdienst sei eingerichtet, damit den kranken und alten Wählern geholfen werden könne. Polizei und Wahlposten würden dafür sorgen, daß es keine Beeinträchtigung im Wahlraum gäbe. Der Kreiswahlleiter warnte davor, in den letzten Tagen eine wilde Kleberei „anzuzetteln“ und mit diesen Klebezetteln nicht nur Bäume, sondern auch ehrfürchtige Gebäude zu verschandeln. Für eine geordnete Wahlwerbung sei gesorgt, und es würden alle Plakate rücksichtslos entfernt werden, die an nicht vorherzeichneten Orten hängen. Die Parteien würden zur Verantwortung gezogen werden.

Lausprecherwerbung ist allerdings bis zum Eintritt der Dämmerung am 23. April erlaubt. Dann aber haben die gesprochenen Wahlparolen zu schweigen.

Die „gefährliche Wissenschaft“ der Zahlen

50 Jahre „Städtisches Statistisches Amt“ — Eine aufschlußreiche Jubiläumsschrift

In der Sitzung der Stadtverordneten am 15. Januar 1904 hat der Stadtverordnete und spätere Staatsminister Dr. Jasper folgenden Antrag gestellt: „Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, der Versammlung in der nächsten Zeit eine Vorlage, betreffs Einrichtung eines Statistischen Amtes auf Kosten der Stadt, zu machen.“ Am 1. April 1905 begann dann die „Städtische Statistische Stelle“ ihre Tätigkeit, vor nunmehr 50 Jahren.

In der Reihe der Kommunalpolitischen Schriften, herausgegeben vom Amt für Statistik, ist als Heft 17, sozusagen als „Jubiläumsschrift“, ein Ueberblick über die Arbeit des Amtes unter dem Titel „50 Jahre Städtestatistik in Braunschweig“ erschienen. Hier offenbart sich hinter nüchternen Zahlen das Leben der Stadt Braunschweig im Zeitraum von 50 Jahren einmal von der Seite der Zahl her, die aber nur eine Helferin und keine Tyrannin sein will. Die Statistik ist dann keine „gefährliche Wissenschaft“, wenn sie die Zahl mit menschlicher Verantwortung auswertet.

Erschreckende Ergebnisse

Wie weit die Statistik in den engeren Bereich des Lebens eingreifen kann, zeigt eine Erhebung, die Anfang des Jahrhunderts in den Schulen über den Alkoholgebrauch der Schulkinder im Elternhaus angestellt wurde. Die Ergebnisse waren so erschreckend, daß dem Verein für öffentliche Gesundheitspflege ein Zuschuß zur Bekämpfung bei schulpflichtigen Kindern gewährt wurde. 6294 von insgesamt 17358 Schulkindern (36,3 v. H.) hatten freimütig zugegeben, alkoholische Getränke gern zu genießen. Es wäre durchaus interessant, auch heute ein-

mal die Schulkinder in dieser Richtung zu testen.

Das traurige Kapitel

Am 1. Februar 1922 wurde das „Statistische Amt“ eine selbständige Unterabteilung der Stadtverwaltung mit einem Berufsstatistiker an der Spitze, und im Jahre 1925 wurde das Amt für Wahlangelegenheiten dem Statistischen Amt angegliedert. Im und nach dem Kriege waren dem Statistischen Amt das leidige Ernährungs- und Wirtschaftsamt unterstellt. Und die statistische Erfassung der Bombenschäden war ein trauriges Kapitel für die Mitarbeiter des Amtes, zumal das gesamte Aktenmaterial und der wertvollste Teil der Bücherei des Amtes selbst verlorengegangen. Der Wiederaufbau vollzog sich nach dem Kriege langsam. Erst im Jahre 1950 wurde das Aufgabengebiet des Amtes und seine zentrale Stellung für alle statistischen Arbeiten festgelegt.

Aufgaben des Amtes

Heute hat das Amt einen Personalbestand von 12 Personen, die alle vom Bund und Land geforderten Zahlungen und Erhebungen bearbeiten. Sie wirken mit an den Arbeiten des Verbandes deutscher Städtestatistiker, sie

sind für die Abwicklung der Wahlen verantwortlich und für die Förderung der gewerblichen Wirtschaft, sie bedienen die Presse mit Zahlenmaterial und bearbeiten die Angelegenheit der Landwirtschaft.

Durch 50 Jahre

Zurückgespiegelt auf den Zeitabschnitt der 50 Jahre wurden von dem Amt zum Beispiel 94 Viehzählungen, 140 Bodenbenutzungserhebungen, 22 Erhebungen über den Tabakanbau und fünf landwirtschaftliche Betriebszählungen abgewickelt. Sogar eine Ermittlung über Seidenraupenzucht ist dabei. 27 Wahlen hatte das Amt seit 1925 vorzubereiten und zu organisieren. Und wenn man liest, daß auch die Volksabstimmung über das Oberhaupt des Deutschen Reiches vom 19. August 1934 mit aufgeführt ist, dann sieht hinter der Statistik das unheilvolle Gespenst des beginnenden Unterganges auf.

Kuh oder Schlange

Und vielleicht wirkt der Schluß dieser Schrift, der der Oberstadtdirektor ein Geleitwort voranstellt, wieder humorvoll versöhnend, wenn wir ein japanisches Sprichwort, das in einer Veröffentlichung über Kommunalstatistik erschien, zitieren:

„Eine Kuh, die Wasser trinkt, macht daraus Milch, eine Schlange, die Wasser trinkt, macht daraus Gift.“
Pl.

BEKANNTMACHUNGEN

Wahl zum Niedersächsischen Landtag am 24. April 1955

— Bekanntgabe der Kreiswahlvorschläge —

Gemäß § 81 Abs. 2 der Niedersächsischen Landeswahlordnung vom 27. Januar 1955 (Nieders. GVBl. S. 13) gebe ich nachstehend die in der Sitzung des Kreiswahlausschusses vom 31. März 1955 zugelassenen Kreiswahlvorschläge der Wahlkreise 41, 42 und 43 — Braunschweig I, II und III — für die Wahl zum Niedersächsischen Landtag am 24. April 1955 öffentlich bekannt:

Wahlkreis 41 — Braunschweig I			
1. Walter Schmidt	Betriebsingenieur	Br., Siegfriedstraße 28	SPD
2. Georg Wachs	Fabrikant	Br., Giesmaroder Str. 68	BHE
3. Kurt Helle-Haensler	Kaufmann	Br., Rosental 10	DP
4. Dr. Kurt Semler	Rechtsanw. u. Notar	Br., Zückerbergweg 40	CDU
5. Hans Schäfer	Rechtswalt	Br., Altwiekering 34	FDP
6. Ferdinand Krudewig	Ingenieur	Br., Tuckemannstraße 22	Z.
7. Rudolf Niemann	Geschäftsführer	Br., Campestraße 23	DRP
8. Karl Heilmann	Schlosser	Br., Campestraße 17	KPD
9. Richard Höfener	Postinspektor a. D.	Br., Amalienstraße 11	DHP
10. Erich Weberink	Arbeiter	Salzgitt-Bad, Erikastr. 30	BdD
Wahlkreis 42 — Braunschweig II			
1. Albert Häft	Bundesbahnbeamter	Br., Walkörenring 1	SPD
2. Hans Hofrichter	Rechtswalt	Br., Altwiekering 28	BHE
3. Dr. Willy Stelametz	Fabrikdirektor	Br., Am Bürgerpark 8	DP
4. Dr. Werner Hofmeister	Rechtsanw. u. Notar	Br., Charlottenstraße 7	CDU
5. Joachim Strömer	Industrie Kaufmann	Br., Höhenblick 4	FDP
6. Alois Svoboda	Weckmeister i. R.	Br., Virchowstraße 15	Z.
7. Otto Robert Kemm	Rechtsanw. u. Notar	Br., Wilh.-Raabe-Str. 18	DRP
8. Heinrich Acker	Kranführer	Br., Giesmaroder Str. 41	KPD
9. Lieselotte Schilling	Hausfrau	Schöppenstedt, Am Mühlenbach 1a	BdD
Wahlkreis 43 — Braunschweig III			
1. Otto Bennemann	Industrie Kaufmann	Br., Siegfriedstraße 76	SPD
2. Johannes Guttenberger	Verlagskaufmann	Br., Löwenwall 6	BHE
3. Carl Heimbs	Kaufmann	Br., Am Fallersleb. Tore 6	DP
4. Josef Schirok	Kaufmann	Br., Siegfriedstraße 17	CDU
5. Arno von Boetticher	Kaufmann	Br., Wendenstraße 60/61	FDP
6. Nikolaus Meiers	Ingenieur	Br., Sulzbacher Straße 62	Z.
7. Walter Bender	Heizer	Br., Osterbergstraße 2	DRP
8. Kurt Fritsch	Stukkateur	Osabrück, Knollstr. 128	KPD
9. Siegfried Hübner	Rechtsanw. u. Notar	Burgdorf, Nentorstraße 1	BdD
10. Dr. Otto Willke	Arzt	Br., Am Fallersleb. Tore 6	DHP

Braunschweig, 31. März 1955

Dr. Lotz,
Oberstadtdirektor und Kreiswahlleiter

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

UNABHÄNGIG · NICHT PARTEIGEBUNDEN

Freitag, 1. April 2005

Nr. 75 · 60. Jahrgang · 0,90 €



BEBELHOF

Braunschweiger Firma erfolgreich mit modischer Berufskleidung

INNENSTADT

Tierschutz ist entsetzt: Sammeldosen werden immer öfter gestohlen

BRAUNSCHWEIG

Noch nie gab es im März so viele Arbeitslose wie 2005

PLUS



Arbeitslosenzahl steigt in der Region

Starker Anstieg vor allem im Harz wegen Hartz IV – Rückgang nur in Helmstedt und Seesen

Von Klaus Sievers

BRAUNSCHWEIG. Die Zahl der Arbeitslosen ist in der Region gegen den Bundestrend im März gestiegen. Ende März gab es in der Region 71 472 Arbeitslose, rund 1600 mehr als im Vormonat.

Dabei gab es vor allem im Harz einen starken Anstieg um rund 1300 Arbeitslose. Das lag vor allem daran, dass im Zuge von Hartz IV von Kommunen noch viele bisherige Sozialhilfe-Empfänger bei den Arbeitsagenturen als arbeitslos nachgemeldet worden sind. In anderen Städten und Kreisen der Region war das bereits weitgehend in den beiden Vormonaten geschehen.

Negativ auf den Arbeitsmarkt wirkte sich auch das strenge Winterwetter im März aus, dass keine Neu- und Wiedereinstellungen in Außenberufen zuließ. Deshalb stieg in den meisten Städten und Kreisen außer-

halb des Harzes die Arbeitslosenzahl noch einmal leicht an. Nur im Kreis Helmstedt und in Seesen gab es wie im Land einen leichten Rückgang. Vor allem wegen Hartz IV ist die Zahl der Arbeitslosen gegenüber dem Vorjahr in der Region um rund 12 000 oder 20 Prozent gestiegen. Die stärksten prozentualen Zuwächse gab es im Jahresvergleich in Goslar und Bad Harzburg, den geringsten im Kreis Gifhorn.

Für die ganze Region errechnet sich eine Arbeitslosenquote von 12,4 Prozent. Das liegt etwa im Bundesdurchschnitt. Örtlich schwankten die Quoten zwischen 10,3 Prozent in Peine und 16,3 Prozent in Bad Harzburg (siehe Zeichnung).

Ende März waren bei den Arbeitsagenturen in der Region nur 5200 offene Stellen gemeldet – fast die Hälfte davon in Braunschweig. Das lag nach Angaben der örtlichen Arbeitsagentur vor allem daran, dass im Rahmen von Hartz IV viele Ein-Euro-Jobs noch nicht besetzt waren.

Arbeitsmarkt in Winterstarre

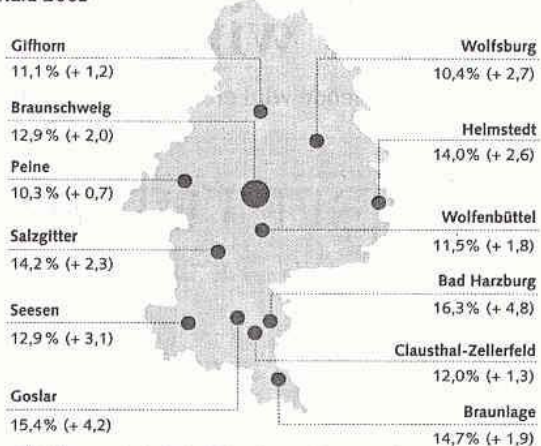
5,17 Millionen Menschen ohne Job

NÜRNBERG. Die Folgen der Hartz-IV-Reform haben der Frühjahrsbelebung auf dem Arbeitsmarkt einen Dämpfer versetzt. Die Zahl der Arbeitslosen ging im März nur um 41 000 auf 5 176 000 zurück. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) waren dies 628 000 mehr als vor einem Jahr. Die Arbeitslosenquote sank im März um 0,1 Punkte auf 12,5 Prozent, berichtete die Behörde gestern in Nürnberg. BA-Chef Frank-Jürgen Weise sag-

te, neben Effekten der Hartz-Reform habe die flauere Konjunktur die Abnahme der Arbeitslosigkeit im März gebremst. Entsprechend ist die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl bundesweit um 92 000 auf den Höchststand von 4,967 Millionen gestiegen.

In Westdeutschland waren im März 3 396 000 Arbeitslose gemeldet, 25 000 weniger als im Februar, aber 524 000 mehr als im Vorjahr. Die Arbeitslosenquote lag im März im Westen bei 10,3 Prozent. dpa

Arbeitslosigkeit in Städten und Kreisen der Region März 2005



Arbeitslosenquoten in %, in () Veränderung in Prozentpunkten zum Wert von März 2004

Entwicklung der Arbeitslosenzahlen in der Region



*bezogen auf alle zivile Erwerbspersonen

Quelle: Agenturen für Arbeit der Region

Arbeitslosigkeit auf Rekord-Niveau

Erstmals mehr als 19 000 Braunschweiger ohne Beschäftigung – Kein Silberstreif am Horizont

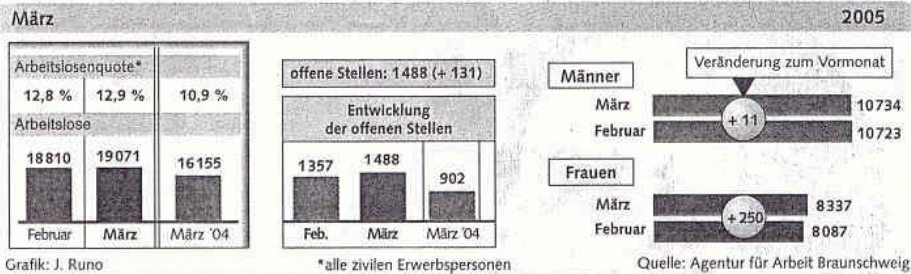
Von Jörn Stachura

Entgegen aller Erwartungen ist im März die Arbeitslosigkeit erneut gestiegen. Erstmals wurden von der Arbeitsagentur mehr als 19 000 Braunschweiger ohne Beschäftigung gezählt. Ein trauriger Rekord, der ohne Vorbild in der Geschichte der Stadt ist.

Im vergangenen Jahr blieb nach den Sommerferien der so genannte Herbst-Aufschwung aus, und auch in diesem Jahr ist von einer Frühjahrsbelebung nichts zu spüren. Gleichwohl ist man am Cyriaksring verhalten optimistisch, dass im April die Zahl der Beschäftigungslosen wieder sinken wird.

So meint Arbeitsagentur-Leiter Michael Stier: „In diesem März ist früher als in den vergangenen Jahren gezählt worden. Stichtag war bereits der 17. März, und wie wir wissen, war Mitte des Monats das Wetter noch äußerst kühl. Das Außengewerbe hat erst in den vergangenen Wochen mit Einstellungen begonnen. Doch diese Einstellungen sind noch nicht in die März-Statistik ein-

Arbeitslosigkeit in Braunschweig



geflossen, sondern werden erst im April gezählt.“

Belastend habe sich auch auf die März-Statistik ausgewirkt, so Stier, „dass seitens der Hartz-IV-Arbeitsgemeinschaft weiterhin Empfänger von Arbeitslosengeld II nachregistriert werden“. Das erhöhe zusätzlich die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen.

Im Vergleich zu den Ergebnissen der Vorjahre hieße das: „Die Arbeitslosenzahl ist transparenter geworden. Denn es werden nun auch

die ehemaligen Sozialhilfe-Empfänger mitgezählt, die in der Vergangenheit zwar arbeitslos, uns jedoch nicht gemeldet waren. Dies ist nun nachgeholt worden.“

Verhalten optimistisch gibt sich der Braunschweiger Agentur-Chef zur künftigen Entwicklung. Seiner Meinung nach gibt es Entlastungen: „Das Außengewerbe wird verstärkt einstellen. Die arbeitsmarktpolitischen Möglichkeiten werden insbesondere durch die Hartz-IV-Arbeitsgemeinschaften im Bereich der Ar-

beitsgelegenheiten (Ein-Euro-Jobs) besser genutzt.“

Mittelfristig wird sich am hohen Niveau der Braunschweiger Arbeitslosigkeit jedoch kaum etwas ändern. „Arbeitsplätze entstehen nur“, so der Agenturleiter, „bei einem Wirtschaftswachstum von wenigstens 1,8 Prozent und günstigen Rahmenbedingungen für Arbeitgeber. Doch leider werden diese Wachstumsraten gegenwärtig nicht erzielt. Ein deutlicher Rückgang ist darum kurzfristig nicht zu erwarten.“

Quelle: Braunschweiger Zeitung vom 1. April 2005

Fast jeder Wolfsburger hat ein Auto

Bundesweit vorn – In unserer Region gibt es 685 000 Pkw – Diesel-Anteil beträgt 24 Prozent

Von Klaus Sievers

BRAUNSCHWEIG. In Wolfsburg gibt es, bezogen auf die Einwohnerzahl, die meisten Autos. Die VW-Stadt liegt in einer Rangliste aller deutschen Städte und Kreise weit vorn. Das geht aus einer neuen Statistik des Kraftfahrt-Bundesamtes hervor.

Wolfsburg hatte Anfang dieses Jahres fast so viele zugelassene Autos wie Einwohner. Nach der Statistik kommen auf 1000 Einwohner 975 Kraftfahrzeuge. Darunter sind Pkw, Laster, Traktoren und andere Fahrzeuge zusammengefasst.

Bei den Pkw allein kommen in Wolfsburg 885 Fahrzeuge auf 1000 Einwohner. Auch das ist der Spitzenplatz in Deutschland – mit deutlichem Vorsprung vor Ingolstadt (Audi, 792), Düren bei Köln (761), München (BMW, 735), Euskirchen bei Köln (745) und Dingolfing (BMW, 681).

Bezeichnenderweise liegen Städte vorne, die Autoindustrie-Standorte

sind oder nahe an Autofabriken liegen. So schlagen sich in der Wolfsburger Statistik auch die vielen Werks- und Dienstwagen des VW-Konzerns nieder.

Ansonsten gilt grundsätzlich: In Großstädten ist die Autodichte niedriger als auf dem flachen Land, wo die Menschen stärker vom Auto abhängig sind. Deshalb liegen in der Länder-Statistik auch die drei Flächenländer Niedersachsen (680 Pkw je 1000 Einwohner), Schleswig-Holstein (675) und Bayern (598) vorn und Berlin mit 359 ganz hinten. Im gesamten Bundesdurchschnitt sind es übrigens 550 Pkw je 1000 Einwohner.

Ein Fünftel erfüllt Euro 4

Auch für unsere Region gilt dies mit Ausnahme Wolfsburgs: Die niedrigsten Autodichten haben die Großstädte Braunschweig und Salzgitter (siehe Tabelle). Insgesamt waren Anfang dieses Jahres in der Region rund 685 000 Pkw zugelassen.

Ein anderer Trend: In Ostdeutschland gibt es deutlich weniger Autos.

Kfz-Bestand in der Region

Angaben je 1000 Einwohner

	Gesamt	PKW
Wolfsburg	975	885
Kreis Gifhorn	711	578
Kreis Wolfenbüttel	685	581
Kreis Peine	699	588
Kreis Helmstedt	676	566
Kreis Goslar	646	549
Braunschweig	589	517
Salzgitter	586	513

Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt

So liegen neben Berlin die beiden Städte Halle (397 Pkw je 1000 Einwohner) und Leipzig (398) in der deutschen Statistik ganz hinten.

Die Statistiker haben auch ermittelt, wie hoch jeweils die Anteile von Dieselfahrzeugen sind. Bundesweit haben knapp 20 Prozent aller im

Verkehr befindlichen Pkw einen Diesel-Antrieb. In der Region liegt der Schnitt bei 24 Prozent. Ein Fünftel aller rund 165 000 Dieselfahrzeuge in der Region erfüllt übrigens die Euro-4-Norm – und die soll ja im Rahmen möglicher Maßnahmen gegen die Feinstaub-Belastung von Fahrverboten befreit sein.

30 Prozent Frauen-Anteil

Den höchsten Diesel-Anteil in der Region hat Wolfsburg mit 41,9 Prozent, den niedrigsten Salzgitter mit 17,7 Prozent. Braunschweig kommt auf 22,5 Prozent und liegt damit unter dem regionalen Durchschnitt. Dafür hat Braunschweig den höchsten Anteil an PS-starken Fahrzeugen mit Hubräumen über 2000 ccm – immerhin jedes sechste Fahrzeuge fällt in diese Klasse.

Knapp 30 Prozent der Autohalter in unserer Region sind Frauen. Den höchsten Anteil gibt es im Kreis Peine mit 32,9 Prozent, den niedrigsten in Wolfsburg mit 15,5 Prozent. Aber da schlägt wohl durch, dass Werkswagen geschlechtsneutral sind.

Quelle: Braunschweiger Zeitung vom 4. April 2005

Über Statistik lässt sich trefflich streiten

Neue Ehrlichkeit oder Bankrotterklärung der rot-grünen Arbeitsmarktpolitik:
Welche Aussagekraft hat die Zahl von fünf Millionen Arbeitslosen?

VON MATHIAS PHILIPP

Hannover. Dramatischer geht's nicht: „Die höchste Arbeitslosenzahl seit über 70 Jahren“, überschrieb gestern die Nachrichtenagentur apf einen Bericht über die für heute erwartete Rekordmeldung der Bundesagentur für Arbeit. Im Winter 1933 lag die offizielle Arbeitslosenzahl in Deutschland zuletzt über der Marke von fünf Millionen. 1933? Ja, das war das Jahr, in dem sich ein von Massenarbeitslosigkeit und Abstiegsangst gebeuteltes Deutschland den Nationalsozialisten auslieferte.

So verzweifelt ist die Nation heute nicht, und es gibt sogar Menschen, die an der Schreckenszahl etwas Gutes finden. Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement zum Beispiel meint, mit der neuen Statistik, die auch erwerbsfähige frühere Empfänger von Sozialhilfe als arbeitslos zählt (sie bekommen jetzt Arbeitslosengeld II), halte eine neue Ehrlichkeit Einzug. Es gebe nun keine „Dunkelziffer der Arbeitslosigkeit“ mehr.

Das ist nur insoweit richtig, als ein großer Teil des drastischen Anstiegs der Arbeitslosenzahl im Januar nicht darauf zurückgeht, dass etwa Menschen ihren Arbeitsplatz verloren hätten – sondern dass Hunderttausende, die schon bisher keinen Job hatten, erst jetzt auch offiziell arbeitslos sind. Zweck der Übung: Jeder, der in der Lage ist, mindestens drei Stunden am Tag zu arbeiten, soll sich – wenn er denn Unterstützung vom Staat beansprucht – auch tatsächlich um Arbeit bemühen. Und die Arbeitsvermittler sollen jene Leute, die bisher beim Sozialamt vorstellig wurden, auch betreuen und nicht links liegen lassen.

Können wir jetzt wirklich die Zahl der Menschen, die eigentlich bereit sind zu arbeiten, aber keine Stelle finden? Mitnichten, sagen Kritiker. Sie verweisen gern auf die „verdeckte Arbeitslosigkeit“. Wer von den Arbeitsagenturen in eine berufliche Weiterbildung, einen Deutschkurs, eine

Arbeitsbeschaffungs- oder Trainingsmaßnahme vermittelt wird, gilt in der Statistik eben wenig als arbeitslos wie die Empfänger von Existenzgründungszuschüssen. 1,32 Millionen zuvor Arbeitslose steckten laut Bundesagentur für Arbeit im Jahr 2004 zeitweilig in so genannten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen – das sind Tätigkeiten, die es nur dank staatlicher Förderung gibt. Und fast 400 000 über 58-Jährige ohne Arbeit erscheinen nicht in der Statistik, weil sie sich überreden ließen, auf Vermittlungsbemühungen zu verzichten. Sie warten auf die vorgezogene Rente „wegen Arbeitslosigkeit“.

Rechne man die amtlich nicht registrierte so genannte stille Arbeitsmarktreserve mit, seien in Deutschland bis zu sieben Millionen Menschen ohne Arbeit, meint der Nürnberger Sozialpolitik-Professor Hermann Scherl. Allein 1,8 Millionen, sagte Scherl gestern, tauchten in der Statistik nicht auf, weil sie von den Arbeitsagenturen entweder keine Leistungen erwarteten und deshalb auf eine Arbeitslosenmeldung verzichteten oder nach Auslaufen des Arbeitslosengeldes den Kontakt zur Arbeitsagentur nicht weiter aufrecht hielten. „Viele in dieser Gruppe suchen mehr oder minder aktiv nach einem Job“, erläuterte Scherl. Zu diesem aktiven Teil der stillen Reserve gehörten viele Frauen, die nach längerer Unterbrechung wieder ins Berufsleben zurückkehren wollten. „Ein anderer Teil hat die Jobsuche zwar entmutigt aufgegeben, wäre

aber bereit, wieder erwerbstätig zu werden, wenn sich dafür eine Gelegenheit böte. Experten sprechen hier vom passiven Teil der stillen Reserve.“

Für Oppositionspolitiker sind solche Analysen ein gefundenes Fressen. „Die wahre Arbeitslosenzahl von sieben Millionen bleibt weiter verborgen“, sagte gestern die wirtschaftspolitische Sprecherin der Union im Bundestag, Dagmar Wöhl. Die Regierung tue alles, um besser dazustehen.

„Der Wirtschaftsminister soll uns nicht ein X für ein U vormachen“, schäumte FDP-Arbeitsmarktexperte Dirk Niebel. Doch die stille Reserve hat nicht die rot-grüne Regierung versteckt, sie existiert seit jeher außerhalb der Statistik. Und „arbeitsmarktpolitische

Maßnahmen“ wurden schon mal exzessiver eingesetzt. Legendar ist, wie unter CDU-Kanzler Helmut Kohl kurz vor der Bundestagswahl 1998 die Zahl der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in die Höhe schoss.

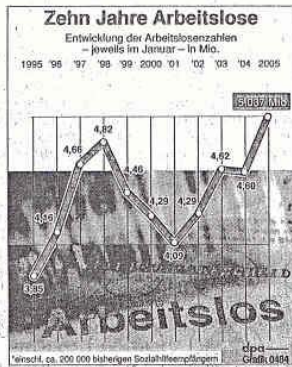
Wollte man ganz genau sein, dürfte man bei einer Generalrevision der Statistik auch viele nicht mehr mitzählen, die heute als arbeitslos gelten. Bereits Anfang 2003 sorgte der Bundesrechnungshof mit der Behauptung für Aufsehen, jeder fünfte arbeitslos Gemeldete suche eigentlich gar keine Arbeit. Scheinarbeitslos sind demnach etwa Mütter, die sich nur deshalb bei der Agentur melden, weil sie sich Rentenansprüche sichern wollen. Auch Jugendliche, die eigentlich nur ein paar Monate

auf eine Lehrstelle warten müssen, melden sich arbeitslos, damit ihre Eltern weiter Kindergeld bekommen.

Man sieht, dass sich um die Statistik trefflich streiten lässt. Ihre eigentliche Aufgabe erfüllen die offiziellen Zahlen, wenn sie Wirtschaft und Politik klar machen, wie viele Arbeitskräfte tatsächlich mobilisierbar sind und wie viele Arbeitsplätze es geben müsste, um den allgemeinen Wohlstand, den Zusammenhalt der Gesellschaft und die Sozialsysteme aufrecht zu erhalten. Und natürlich braucht man aussagekräftige Zahlen, um herauszubekommen, ob andere Volkswirtschaften besser funktionieren.

„Dafür hilft am Besten eine Erfassung nach internationalen Standards, die in Deutschland erst seit einigen Monaten üblich ist. Nach deutschen Kriterien gilt als arbeitslos, wer weniger als 15 Stunden pro Woche arbeitet und sich arbeitslos meldet. In anderen EU-Staaten gilt der Standard der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) – demnach ist arbeitslos, wer erstens nicht eine Stunde arbeitet und zweitens innerhalb von zwei Wochen eine Arbeit aufnehmen kann. Nach diesen Kriterien hätte Deutschland im Dezember statt 4,46 „nur“ 4,13 Millionen Arbeitslose gehabt. Durch Hartz IV wird sich diese Zahl nicht erhöhen.“

Kein Wunder, dass sich die Bundesregierung den Vorwurf der Manipulation anhören musste, als sie vor zwei Jahren die Einführung des ILO-Standards ankündigte. Doch es kam überhaupt nicht zu einer Umstellung. Der ILO-Wert ist nur eine Zweit-Zahl, die von der Bundesagentur bei der monatlichen Verkündung der Arbeitslosenstatistik eher am Rande erwähnt wird. Und er ist auch gar nicht dazu angetan, die deutschen Verhältnisse im internationalen Vergleich in strahlendem Licht erscheinen zu lassen. Nur drei von 23 erfassten EU-Staaten hatten im Dezember 2004 eine höhere Arbeitslosenquote als Deutschland: Spanien, Polen und die Slowakei.



Quelle: Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 2. Februar 2005

Analyse der Landtagswahl 2003

Referat Stadtentwicklung und Statistik veröffentlicht detaillierten Wahlbericht

Das Referat Stadtentwicklung und Statistik legt in der Reihe info-line „Wahlen aktuell“ jetzt den Wahlbericht zur Landtagswahl 2003 vor.

Bezogen auf die Landtagswahl vom 2. Februar 2003 analysiert diese Wahlveröffentlichung die Braunschweiger Wahlergebnisse sowie die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik. Grafische und tabellarische Auswertungen aus verschiedenen Blickwinkeln sowie kartografische Darstellungen der Hochburgen und Kellerbezirke der Parteien veranschaulichen den ausführlichen Analyseteil.

Als Besonderheit enthält die Publikation Informationen zu den Änderungen, die sich durch die Redu-

zierung und Neueinteilung der Niedersächsischen Landtagswahlkreise für Braunschweig ab der nächsten Landtagswahl 2008 ergeben.

Der Niedersächsische Landtag hatte im Dezember vergangenen Jahres die Reduzierung der Wahlkreise von 100 auf 87 sowie die Verringerung der Abgeordnetenzahl von 155 auf 135 ab der 16. Wahlperiode beschlossen. Dadurch ergibt sich für Braunschweig u. a. die Reduzierung von bisher vier auf nur noch drei Wahlkreise. Hierzu enthält der Wahlbericht z. B. Kartenmaterial sowie eine Tabelle mit den Wahlergebnissen der Landtagswahl 2003 umgerechnet auf die von 2008 an für Braunschweig geltenden neu-

en Wahlkreise.

Der Wahlbericht zur Landtagswahl 2003 steht als Ansichtsexemplar auch im Internet unter <http://www.braunschweig.de/landtagswahl> zur Verfügung. Darüber hinaus befinden sich unter <http://www.braunschweig.de/wahlen> in der bekannten Rubrik „Wahlen à la carte“ umfangreiche, grafisch aufbereitete Analyseergebnisse auf der Basis von Wahlbezirken, Stadtbezirken, Gemeindevahlbereichen und Landtagswahlkreisen.

Weitere Druckexemplare sind beim Referat Stadtentwicklung und Statistik, Reichsstraße 3, gegen eine Schutzgebühr von jeweils 5 Euro erhältlich.

Quelle: Braunschweiger Zeitung vom 29. März 2005

WIE MISST MAN INFLATION?

Ein Puzzle aus 350 000 Teilen

Jeder Bürger spürt am eigenen Portemonnaie, wenn das Geld an Wert verliert. Wenn beispielsweise eine Pizza im Restaurant nicht mehr sieben Mark kostet wie vor der Einführung des Euro, sondern, wie inzwischen häufig zu beobachten, sieben Euro, hat sie sich im Preis fast verdoppelt. Bahnfahrten oder der Friseurbesuch werden auch von Jahr zu Jahr teurer. Und für die Kugel Eis, die ganz früher für zehn Pfennige zu haben war, muss man inzwischen 50 Cent auf den Tisch legen. Andere Produkte werden allerdings auch billiger: Digitalkameras, PCs oder DVD-Abspielgeräte. Die subjektiv empfundene Inflation hängt demnach entscheidend von den individuellen Konsumgewohnheiten ab. Wie also wird die offizielle Inflationsrate gemessen?

Zur Ermittlung des Verbraucherpreisindex für Deutschland (VPI) erheben jeweils zur Monatsmitte rund 560 Preisermittler im Auftrag der Statistischen Landesämter und rund 15 Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes Preise für die etwa 750 Waren und Dienstleistungen des so genannten Warenkorb. Die Preisbeobachtung findet in 190 Berichtsgemeinden und knapp 40 000 Berichtsstellen (darunter zum Beispiel Einzelhandelsgeschäfte oder Dienstleister) in ganz Deutschland statt. Insgesamt werden nach Angaben des Statistischen Bundesamtes monatlich rund 350 000 Einzelpreise erhoben. 2004 zogen im Jahresdurchschnitt die Verbraucherpreise in Deutschland durchschnittlich um 1,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr an. Dabei erhöhten sich durch die Gesundheitsreform allein die Ausgaben für Gesundheitspflege um 19,2 Prozent. Ohne die Kosten der Gesundheitsreform wäre die Teuerungsrate 2004 etwa 0,7 Prozentpunkte geringer ausgefallen.

Die Preisveränderungen der einzelnen Waren und Dienstleistungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die ihnen im Budget der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt. Dabei wird die Gewichtung im Normalfall alle fünf Jahre aktualisiert. So geben die Deutschen zunehmend mehr Geld für Wohnung, Wasser sowie Strom aus und weniger für Nahrungsmittel. Darüber hinaus werden Güter, die kaum mehr nachgefragt werden, durch neue Güter ersetzt, beispielsweise Farbbänder für Schreibmaschinen durch Druckerpatronen.

Neben dem VPI berechnet das Statistische Bundesamt seit 1997 auch einen Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) für Deutschland. Dieser wird in allen EU-Mitgliedsstaaten nach einem einheitlichen Verfahren berechnet und dient dazu, für die Europäische Union und die Europäische Währungsunion einen einheitlichen Verbraucherpreisindex zu erhalten.

Die Teuerungsrate in der Europäischen Währungsunion lag in den vergangenen Jahren durchweg höher als in Deutschland. So kletterte 2003 der HVPI der Eurozone um 2,1 Prozent gegenüber 1,0 Prozent in Deutschland. 2004 fiel die Teuerung in der Eurozone mit 2,1 Prozent im Jahresdurchschnitt um 0,3 Prozentpunkte höher aus als hierzulande. Wenn Deutschland inflationsgeschützte Anleihen begibt, dürfte es sich, wie andere Staaten auch, die solche Papiere schon aufgelegt haben, am HVPI der Eurozone orientieren. Insofern spielt dann auch eine Rolle, wie stark die Preise in Frankreich, Italien oder Spanien steigen. Kommt es in Euroland zu einer klar höheren Inflation als in Deutschland, fällt die Rechnung für die Investoren günstig, für Hans Eichel aber ungünstig aus. **RÜP**

Quelle: DIE ZEIT vom 27. Januar 2005

Tankstelle	Normal	Super	Super Plus*	Diesel
Shell Hamburger Straße 221	1,15 ⁹	1,17 ⁹	1,26 ⁹	0,99 ⁹
Tankstelle am Supermarkt Otto von Guericke Straße 2	1,14 ⁹	1,16 ⁹	-----	0,98 ⁴
Jet Gifhorner Straße 146	1,14 ⁹	1,16 ⁹	1,20 ⁹	0,98 ⁹
Shell Hansestraße 34	1,15 ⁹	1,17 ⁹	1,26 ⁹	1,00 ⁹
HEM Im Remenfeld 5	1,14 ⁹	1,16 ⁹	1,20 ⁹	0,98 ⁹
Aral Wallenbütteler Straße 51	1,15 ⁹	1,17 ⁹	1,25 ⁹	1,00 ⁹
Orlen Neustadttring 30	1,15 ⁹	1,17 ⁹	1,21 ⁹	0,99 ⁹
Agip Wendinging 30b	1,15 ⁹	1,17 ⁹	1,21 ⁹	1,00 ⁹

*Shell V-Power und Aral Ultimate 100 statt Super Plus
ADAC-Benzinpreisumfrage vom 1. April, 8:00 bis 8:05 Uhr.

Quelle: Braunschweiger Zeitung vom 2. April 2005

MARKTPREISE

Kartoffeln: Kilo 80 Cent bis 2,20 Euro; **Spitzkohl:** Kilo 1,90 bis 2; **Weißkohl:** Kilo 60 Cent bis 1 Euro; **Wirsing:** Kilo 80 Cent bis 1,90 Euro; **Porree:** Kilo 2 bis 2,90; **Möhren:** 80 Cent bis 1,20; **Blumenkohl:** Kopf 1,90 bis 2; **Broccoli:** 4 bis 5,90; **Radieschen:** Bund: 1,20 bis 1,50; **Tomaten:** Kilo 3,50 bis 5,20; **Cherrytomaten:** Kilo 5,90 bis 9,90; **Paprika:** Kilo 2,90 bis 5,90; **Apfel:** Kilo 1,50 bis 2,90; **Bananen:** Kilo 1,70 bis 2,90; **Spargel:** Kilo 6,95 bis 16; **Erdbeeren:** 500 Gramm 1,80 bis 2; **Weintrauben:** Kilo 4,50 bis 4,90; **Orangen:** Stück 29 bis 80 Cent; **Clementinen:** Stück 20 bis 60 Cent.

Quelle: Braunschweiger Zeitung vom 1. April 2005

Familienstruktur im Wandel

In nur 25 Jahren, dieser Zeitraum entspricht etwa einer Generation, hat die Zahl der Alleinlebenden um 86% zugenommen. Wie das Niedersächsische Landesamt für Statistik mitteilt, fand von 1978 bis 2003 eine tief greifende Veränderung der Art und Weise, wie Menschen in Familien zusammenleben, statt.

Zugleich wandelten sich auch die Strukturen, in denen Kinder aufwachsen. Kinder leben häufiger als noch vor einer Generation ohne Geschwister oder mit nur einem Elternteil. In dem genannten Zeitraum stieg die Zahl der Alleinerziehenden um 73%, während sich die Zahl der von Alleinerziehenden betreuten Kinder um 45% erhöhte.

Die Zahl der Ehepaare mit Kindern sank derweil um ein Fünftel (20%), die Zahl der von ihnen betreuten Kinder ging um 22% zurück. Während die Zahl der Einzelkinder nahezu unverändert blieb, verringerte sich die Zahl der Kinder, die mit Geschwistern in einer Familie aufwachsen, um 20%. Dadurch stieg der

Familientypen und Kinder in Familien 1978 und 2003

Familien- bzw. Haushaltstyp	1978 1000	2003	Veränderung Prozent
Ehepaare ohne Kinder	694	980	+ 41,2
Ehepaare mit Kindern	1131	907	- 19,8
Kinder von Ehepaaren	2183	1699	- 22,2
Alleinerziehende	157	272	+ 73,2
Kinder von Alleinerziehenden	231	334	+ 44,6
Einzelkinder	566	557	- 01,6
Kinder mit Geschwistern	1849	1476	- 20,2
Einzelpersonenhaushalte	748	1388	+ 85,6

Quelle: Ergebnisse des Mikrozensus. Die Zahl der Kinder bezieht sich auf die in der Familie lebenden Kinder.

© Niedersächsisches Landesamt für Statistik 2005. Alle Rechte vorbehalten.

Anteil der Einzelkinder von 23% auf 27%. Der Anteil der Kinder, die von nur einem Elternteil betreut werden, stieg von 10% auf 16%.

Zugleich erhöhte sich in diesem Zeitraum die Zahl der Singles und die der kinderlosen Ehepaare. So nahm die

Anzahl der Ehepaare ohne Kinder um 41% zu. Die Zahl der Alleinlebenden hat sich schon fast verdoppelt (+86%).

Insgesamt sieht man einen starken Trend zur Individualisierung und zur Auflösung traditioneller sozialer Bindungen (siehe Tabelle).

Quelle: Niedersächsischer Städtetag (Hrsg.): NST-N 2/2005, S. 40

Öffentliche Bekanntmachung


Stadt Braunschweig

**Mandatswechsel in den Stadtbezirksräten
Ausscheiden von Ersatzpersonen für die Stadtbezirksräte**
Gemäß § 44 Abs. 7 des Niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes (NKWG) in Verbindung mit § 71 der Niedersächsischen Kommunalwahlordnung (NKWO) gebe ich die in der Zeit von Oktober 2004 bis Februar 2005 erfolgten Mandatswechsel in den Stadtbezirksräten bekannt:

ausgeschieden:	Ersatzperson des Wahlvorschlages:
Stadtbezirk 111: Wolfgang Ahrens (SPD)	Listenwahl: Bernhard Blankschyn, Margaretenhöhe 43, 38108
Stadtbezirk 113: Rainer Eggeling (CDU)	Personenwahl: Christian Scheil, Möwenweg 6, 38108
Stadtbezirk 213: Rudi Steinbacher (CDU)	Personenwahl: Günter Bengelsdorf, Bunsenstraße 5, 38126
Stadtbezirk 214: Hans-Jürgen Austermann (SPD)	Listenwahl: Rudolph Förstel, Else-Hoppe-Straße 25, 38124
Rolf Schamiott (CDU)	Personenwahl: Peter Burgdorf, Rüniger Weg 2 A, 38124
Stadtbezirk 311: Manuel Lorenzo Perez (CDU)	---
Stadtbezirk 413: Gerhard Wandt (CDU)	Personenwahl: Sigrid Knopf, Gifhorner Straße 65, 38112

Die frei gewordenen Sitze sind nach § 44 Abs. 1 NKWG in Verbindung mit § 38 NKWG auf die Ersatzpersonen der Wahlvorschläge übergegangen.
Die Ersatzperson des Wahlvorschlages der SPD im Stadtbezirk 111, Frau Christa Bergholz, ist verstorben.
Die Ersatzpersonen des Wahlvorschlages der CDU im Stadtbezirk 213, Herr Eberhard Heine und Herr Horst Siedentopf, haben die Mandatsübernahme abgelehnt und scheidet daher gem. § 45 Abs. 1 NKWG als Ersatzpersonen für die Wahlperiode aus.
Die Ersatzpersonen des Wahlvorschlages der CDU im Stadtbezirk 311, Herr Horst Bischoff, Frau Caren Höflich und Herr Matthias Schorsch haben die Mandatsübernahme abgelehnt und scheidet daher gem. § 45 Abs. 1 NKWG als Ersatzpersonen für die Wahlperiode aus. Da keine weiteren Ersatzpersonen vorhanden sind, bleibt der Sitz gem. § 44 Abs. 5 Satz 2 NKWG bis zum Ablauf der Wahlperiode unbesetzt.

Der Gemeindevorstand
Dr. Kuhlmann
16. März 2005

Quelle: Braunschweiger Zeitung vom 16. März 2005